

(Nikolaus Haufler)

sere Anliegen in einem breiten Dialog mit allen gemeinsam über die normalen parlamentarischen Wege einbringen und nicht über einen Sonderweg, wie er von der LINKEN vorgeschlagen wird. Wir wollen auch kein eigenes Parlament mit einem eigenen Budget bilden, das übrigen demokratisch unlegitimiert wäre, sondern wir wollen uns in das Regierungshandeln mit unseren Erfahrungen und den Dingen, die wir mitgebracht haben, einbringen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator Scheele, wenn Sie sich entscheiden, welchen Weg der Integrationsbeirat nehmen soll, dann möchte ich einmal die Ehefrau von Nils Schmid, dem Spitzenkandidaten der SPD in Baden-Württemberg, Tülay Schmid, zitieren:

"Was wir nicht brauchen, sind Gutmenschen mit Helfersyndrom. Vergesst den [...] Multi-Kulti-Kram von gestern."

Bei meiner heutigen Lektüre der "Deutsch Türkischen Nachrichten" habe ich dieses Zitat gefunden und ich dachte, Herr Scheele, Ihnen würde das auch gut tun, darüber nachzudenken, dass viele Betroffene diesen Multi-Kulti-Kram von gestern nicht mehr sehen wollen.

(Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Was ist denn das?)

Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, dass diese Politik verschwindet.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/105 und 20/199 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 19 auf, Drucksache 20/89, Antrag der SPD-Fraktion: Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder stärken.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder stärken
– Drs 20/89 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Schäfer, Sie haben es.

Dr. Martin Schäfer SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Zitat von Frau Prien beginnen, die vorhin völlig richtig sagte, dass die öffentliche Hand Vorbildfunktion bei Personalpolitik habe. Das sehen

wir auch so, deswegen finden wir es auch notwendig, dass das Gesetz über die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst in Hamburg, das im Jahr 2005 vom damaligen CDU-Senat novelliert worden ist, nunmehr wieder dahingehend geöffnet werden soll, dass die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes so weit ausgedehnt werden, dass sie auch in sinnvoller Weise wahrgenommen werden können und die Personalräte des öffentlichen Dienstes wieder in diese Rechte eingesetzt werden, die sie bis dahin gut ausgefüllt und umgesetzt haben und die zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit im öffentlichen Dienst geführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Von daher dieser kurze Antrag, den ich heute einführen darf, wonach wir den Senat bitten, entlang dem Gesetzentwurf, den wir damals im Jahr 2005 ausführlich mit eingebracht haben, nunmehr einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen. Ich darf gleich mitgeben, dass dies nicht irgendwann, sondern möglichst bald geschehen sollte, sodass wir an diesem Gesetzentwurf entlang dann in den Ausschüssen debattieren können, wie diese Mitbestimmungsregelungen nunmehr in Zukunft ausgestaltet sein sollen, sodass die Zusammenarbeit im öffentlichen Dienst zwischen Personalräten und Dienststellen, aber auch zwischen Beschäftigten und Personalräten verbessert werden können.

So ist es beispielsweise überfällig, dass auch die Personalvertretungen nunmehr entsprechend mit Männern und Frauen besetzt werden sollen. Das ist überfällig und muss unbedingt in dieses Gesetz hinein. Diese und weitere ähnliche Punkte sollen vorbereitet und dann in den Ausschüssen breit debattiert werden. Deswegen möchte ich die GAL noch einmal bitten, darüber nachzudenken, ob es wirklich notwendig ist, diesen Antrag von heute schon zu überweisen, was lediglich dazu führen würde, dass man noch eine weitere zeitliche Runde dreht, statt möglichst schnell einen Gesetzentwurf auf den Tisch zu bekommen, um diesen dann debattieren zu können. Das wäre viel sinnvoller.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider* und *Heike Sudmann*, beide *DIE LINKE*)

Von daher werden wir heute die Aufforderung an den Senat beschließen. Wir gehen davon aus, dass der Gesetzentwurf baldmöglichst vorgelegt wird, sodass wir dann in die Debatte eintreten können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Trepoll, Sie haben das Wort.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schäfer, Sie haben etwas